



Deutsche Umwelthilfe



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der FDP- und SPD-Bundestagsfraktionen,

unterbrochene Lieferketten und reduzierte Erntemengen gefährden weltweit die Ernährungssicherheit, die Zahl der von Hunger bedrohten Menschen steigt. Vor diesem Hintergrund halten wir es für höchst unverantwortlich, Nahrungsmittel wie Weizen, Mais oder Rapsöl als „Bio“-Kraftstoff in Autos zu verbrennen und bitten Sie daher, sich für den sofortigen Stopp der staatlichen Förderung von Biokraftstoffen auf der Basis von Nahrungs- und Futtermitteln einzusetzen.

Insbesondere seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine zeigt sich eine Schattenseite des Biokraftstoff-Einsatzes überdeutlich: Biokraftstoffe sind mitverantwortlich dafür, dass sich Pflanzenöle global betrachtet in den letzten zwei Jahren – und insbesondere seit Beginn des Ukraine-Krieges – von allen Lebensmitteln am stärksten verteuert haben; bei Getreide wurden die zweithöchsten Preissteigerungen verzeichnet. Laut UN-Prognosen wird die aktuelle Preisinflation bei Grundnahrungsmitteln Millionen Menschen weltweit in die Unterernährung treiben.

78% des in der EU eingesetzten Biodiesels und 96% des Bioethanols werden aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen (v.a. Pflanzenölen und Getreide) hergestellt, die auch der menschlichen Ernährung dienen könnten. Die dafür benötigten Rohstoffmengen sind enorm: Täglich werden in der EU Weizenmengen im Umfang von umgerechnet 15 Millionen Laib Brot zu Kraftstoff verarbeitet, dazu kommen große Mengen anderer Getreidesorten. Allein die in Deutschland im Jahr 2021 zu Biokraftstoff verarbeitete Getreidemenge (2,4 Millionen Tonnen) würde ausreichen, um ein Jahr lang knapp 16 Millionen vom Hunger bedrohte Menschen mit einer täglichen Getreideration zu versorgen. Jeden Tag werden europaweit außerdem fast 19 Millionen Flaschen Raps- und Sonnenblumenöl und 14 Millionen Flaschen Soja- und Palmöl als Kraftstoff verbrannt. Fast 60% des in der EU konsumierten Rapsöls landet in Autotanks.

Der Biokraftstoffkonsum der EU beansprucht rund um den Globus insgesamt eine Fläche zwischen 5,1 und 8,9 Millionen Hektar, was zwischen 4,3% und 7,5% der gesamten Ackerfläche von EU und Großbritannien entspricht. Das ist keine kleine oder vernachlässigbare Fläche, sondern sogar deutlich mehr als die 4 Mio. Hektar ökologische Vorrangflächen, die die EU als Reaktion auf den Ukraine-Krieg nun vorübergehend für den

Ackerbau zugelassen hat. Ein Biokraftstoff-Förderstopp wäre demnach ein weit größerer Gewinn für die Ernährungssicherung als die Freigabe der Artenschutzflächen – und das, ohne dabei für die Biodiversität unerlässliche Flächen freizugeben.

Seit mehr als fünfzehn Jahren wird die Beimischung von Biokraftstoffen zu fossilem Benzin und Diesel staatlich gefördert – angeblich, um die vom Verkehrssektor verursachten Treibhausgasemissionen zu mindern. Dass dieses Ziel mit der Biokraftstoffbeimischung allerdings gar nicht erreichbar ist, zeigen Studien bereits seit Jahren. Das [Umweltbundesamt](#) stuft die Förderung von Biokraftstoffen aus Anbaubiomasse bereits seit jeher als klima- und umweltschädliche Subvention ein. Die einzige der staatlichen Förderung zugrundeliegende Voraussetzung – der Beitrag zum Klimaschutz – kann durch Biokraftstoffe also nicht gewährleistet werden.

Dieser Widerspruch entsteht, da der entscheidende Punkt – der Flächenverbrauch für den Anbau von Raps, Mais, Weizen & Co. für Biokraftstoff – bei der Berechnung amtlicher Klimabilanzen nicht berücksichtigt wird. Grundsätzlich bedeutet der immense Flächenverbrauch für Biokraftstoff, dass insgesamt weniger Land für natürliche Ökosysteme zur Verfügung steht, die Kohlenstoff speichern und wichtige Lebensräume bieten könnten. Allein dadurch entsteht ein gewaltiger Klimaschaden, wie eine aktuelle [Studie des ifeu-Instituts](#) im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe zeigt.

Wegen der gravierenden Nebenwirkungen des Biokraftstoff-Einsatzes hat Umweltministerin Steffi Lemke einen Biokraftstoff-Förderstopp angekündigt, unterstützt unter anderem durch Ernährungsminister Cem Özdemir und Entwicklungsministerin Svenja Schulze.

Wir sind sehr besorgt über Positionen der SPD- und FDP-Fraktionen, in denen sie sich für den Einsatz von Biokraftstoffen aussprechen. Wir bitten Sie als Abgeordnete des Bundestages, Ihre Position zu überdenken und sich für ein sofortiges Ende der staatlichen Förderung von Biokraftstoffen auf der Basis von Nahrungs- und Futtermitteln einzusetzen.

Für Fragen und Rückmeldungen steht sehr gerne Kathrin Anna Frank (frank@duh.de, 030 2400 867-884) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe

Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber, TU München-Weihenstephan

Chris Methmann, Geschäftsführer foodwatch Deutschland

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch

PD Dr. Daniel Müller, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO)

Prof. Dr. Eike Lüdelling, Professur für Gartenbauwissenschaften, Universität Bonn

Fabian Holzheid, Politischer Geschäftsführer Umweltinstitut München

Prof. Dr. Felix Creutzig, MCC Berlin und TU Berlin

Fenna Otten, Fachreferentin Tropenwald ROBIN WOOD

Florian Schöne, Geschäftsführer Deutscher Naturschutzring (DNR)

Prof. (em.) Dr. Gerd Esser, Professur für Systemökologie, Geoökologie und Modellbildung
Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Guy Pe'er, German Centre for Integrative Biodiversity Research (iDiv) Halle-Jena-
Leipzig und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Dr. Hannes Böttcher, Senior Researcher, Öko-Institut e.V.

Horst Fehrenbach, Fachbereichsleiter ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung
Heidelberg

Prof. Dr. Josef Settele, Department-Leiter am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung -
UFZ, Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen - SRU, Ko-Vorsitzender des
Globalen Berichtes des Weltbiodiversitätsrates IPBES

Leif Miller, Bundesgeschäftsführer NABU Deutschland

Matthias Lambrecht, Fachkampaigner Agrarwende Greenpeace

Prof. Dr. Peter Feindt, Professor für Agrar- und Ernährungspolitik an der Humboldt-
Universität zu Berlin

Sarah Lesch, Liedermacherin

Prof. Dr. Sebastian Lakner, Professur für Agrarökonomie Universität Rostock

Sonja Taubert, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland

Stef Cornelis, Director Transport & Environment Germany

Susanne Köppen, Biomasse und Ernährung ifeu - Institut für Energie- und
Umweltforschung Heidelberg

Susanne Winter, Programmleitung Wald beim WWF

Thomas Kastner, Senior Scientist, Senckenberg Biodiversität und Klima
Forschungszentrum

Tobias Kümmerle, Professor für Biogeographie und Naturschutz, Humboldt-Universität zu
Berlin

Prof. Dr. Volker Quaschning, Fachbereich Regenerative Energien Hochschule für Technik
und Wirtschaft HTW Berlin